

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulrike Gottschalck, Uwe Beckmeyer, Martin Burkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/1613 –**

Stellenwert der Thematik „Demografischer Wandel“ im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Vorbemerkung der Fragesteller

Um den Herausforderungen der Demografieentwicklung, der Globalisierung, der Migration und der innerdeutschen Wanderungsbewegungen begegnen zu können, steht die Stadt- und Raumentwicklungspolitik vor großen Veränderungen. Gleiches gilt für die sich ändernden Mobilitätsbedürfnisse in der Bevölkerung. Experten fordern vor allem eine langfristigere Planung, bei der siedlungsstrukturelle und verkehrstechnische Aspekte über den kleinräumigen Zusammenhang hinausgehen. Differenzierte Zahlen zur demografischen Entwicklung liegen seit Jahren vor. Die theoretische Kenntnis des Problems genügt jedoch nicht, es müssen praktische Konsequenzen aus dem verfügbaren Wissen entwickelt werden. Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

1. Welchen Stellenwert hat die Thematik „Demografischer Wandel“ im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)?
5. Welche Schwerpunkte setzt das BMVBS im Hinblick auf Demografie, und auf welcher Datengrundlage wird im BMVBS gearbeitet?
9. Welche Demografie-Strategie hat das BMVBS für diese Legislaturperiode?

Die Fragen 1, 5 und 9 werden wegen ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat die Thematik „Demografischer Wandel“ einen hohen Stellenwert.

Das BMVBS behandelt die Belange des demografischen Wandels im Rahmen seiner Strategien, Planungen, Maßnahmen und Programme in der Verkehrs-, Stadtentwicklungs-, Wohnungsbau- und Raumordnungspolitik. Beispiele hier-

für sind die Infrastrukturplanung, Forschungsprogramme zu alternativen Bedienformen im öffentlichen Personennahverkehr, die Barrierefreiheit in der Verkehrsinfrastruktur und im Wohnungsbau/Wohnumfeld, das Kreditprogramm der KfW Bankengruppe „Altersgerecht Umbauen“, die Städtebauförderung, das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, das Modellprogramm „Masterplan Daseinsvorsorge“ sowie die Initiative „Region schafft Zukunft“.

Als Datengrundlage werden spezifische Quellen herangezogen, so z. B. die amtliche Statistik, Erhebungen des BMVBS im Rahmen von Mobilität in Deutschland und deutsches Mobilitätspanel sowie die laufende Bevölkerungsumfrage, die laufende Raumbbeobachtung und die Raumordnungsprognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

2. Welche Abteilungen sind mit der Thematik „Demografischer Wandel“ im BMVBS befasst, und wer hat die Federführung?

Innerhalb des BMVBS liegt die Federführung bei der Abteilung „Umweltpolitik und Infrastruktur, Grundsatzfragen des Ressorts“. Darüber hinaus beziehen alle Abteilungen des BMVBS die Auswirkungen des demografischen Wandels in ihre Aufgabenbereiche ein.

3. Welche Aufgabe hat die Projektgruppe „Demografischer Wandel“ im BMVBS?
4. Welche Ergebnisse hat diese Projektgruppe bisher erzielt?

Die Fragen 3 und 4 werden wegen ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.

Im BMVBS besteht keine Projektgruppe „Demografischer Wandel“. Die Themenschwerpunkte, die den demografischen Wandel betreffen, werden in allen Abteilungen themenspezifisch behandelt.

6. Gibt es eine kontinuierliche Zusammenarbeit im Bereich demografischer Wandel mit anderen Ministerien, und wie sieht diese aus, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat mit Kabinettsbeschluss vom 17./18. November 2009 den Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, beauftragt, einen interministeriellen Ausschuss „Demografie“ zur Koordinierung von Programmen und Initiativen der Ressorts zur Gestaltung des demografischen Wandels auf Staatssekretärsbene einzuberufen, der sich am 23. März 2010 konstituiert hat. Beteiligt sind alle Bundesressorts. Der Ausschuss wird bis 2011 einen Bericht zur demografischen Lage des Landes und zur zukünftigen Entwicklung vorlegen sowie bis 2012 eine ressortübergreifende Demografiestrategie der Bundesregierung erarbeiten.

7. Besteht zur Thematik „Demografischer Wandel“ eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden?
Wenn ja, in welcher Form, und mit welchem Schwerpunkt?

Mit den kommunalen Spitzenverbänden finden aus den unterschiedlichsten Anlässen Informationsaustausche statt, die auch Fragen des demografischen Wandels erfassen. Insbesondere werden Vertreter der kommunalen Spitzenverbände regelmäßig an Forschungs- und Modellprojekten mit Fragestellungen des demo-

grafischen Wandels beteiligt. Die kommunalen Spitzenverbände sind darüber hinaus im Beirat für Raumentwicklung vertreten, der sich intensiv mit Fragen des demografischen Wandels befasst.

8. Wurden seit Oktober 2009 neue wissenschaftliche Expertisen im Hinblick auf Demografie in Auftrag gegeben, und wenn ja, welche?

Nein

10. Wie werden die Erkenntnisse aus dem, vom Bund mit insgesamt 5,7 Mio. Euro geförderten, Modell „Region schafft Zukunft“ (Südharz-Kyffhäuser, Stettiner Haff, Nordfriesland, Werra-Meißner-Kreis) auch für andere Regionen erfahrbar und anwendbar gemacht?

Die Infrastruktur- und Raumentwicklungspolitik des BMVBS ist darauf gerichtet, in allen Regionen Deutschlands den Menschen angemessene Lebens- und Entwicklungsbedingungen zu bieten. Wie dies auch in den ländlichen Regionen, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind, gelingen kann, ist im Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ erfolgreich erprobt worden. In vier Modellregionen befinden sich in ca. 60 Projekten innovative Lösungen sowohl zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft als auch zur Anpassung der Daseinsvorsorge in der Umsetzung. Noch bis Ende 2010 wird das BMVBS den Erfahrungsaustausch und Ergebnistransfer mit den Modellregionen Nordfriesland und Werra-Meißner-Kreis im Modellvorhaben „Region schafft Zukunft“ unterstützen. Auf dem 4. Demografiekonvent am 7. Oktober 2010 in Husum werden Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft und kommunaler Praxis mit Vertretern der vier Modellregionen und der beteiligten Länder die Ergebnisse des Modellvorhabens und die Weiterentwicklung der Demografiepolitik von Bund und Ländern für ländliche Regionen diskutieren.

Es besteht der Anspruch, durch die Durchführung des Modellvorhabens allgemeingültige und auf weitere Regionen übertragbare Erfahrungen und Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge unter den Bedingungen von Bevölkerungsabnahme und -alterung zu gewinnen.

11. Wird im BMVBS über ein Bund-Länder-Programm nachgedacht, um den Regionen (auch im Hinblick auf die Erkenntnisse aus den in Frage 10 genannten Modellvorhaben) Instrumente an die Hand zu geben, um flexibel mit dem demografischen Wandel umzugehen?

Nein

12. Welche konkreten Umsetzungspläne, Konsequenzen und Veranstaltungen werden zurzeit im BMVBS geplant?

Am 17. und 18. Juni 2010 findet die Abschlussveranstaltung des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) „Überregionale Partnerschaften – Innovative Projekte zur stadtreionalen Kooperation, Vernetzung und gemeinsamen großräumigen Verantwortung“ statt, mit dem das BMVBS und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) derzeit den in den Leitbildern der Raumentwicklung verankerten strategischen Ansatz der „Großräumigen Verantwortungsgemeinschaft“ erproben. Kern des Strategieansatzes ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen unterschiedlich struktu-

rierten Räumen, darunter auch wirtschaftlich strukturschwache, ländlich geprägte Räume, die von Abwanderungen und Überalterung betroffen sind. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 1, 5, 9 und 10 verwiesen.